

friedensfähig (6/2026) - 22.7.2026

Anfang Juni kam die Nachricht: Die Bundeswehr prüft, ob sie das alte Kasernengelände der US Streitkräfte im Süden Friedbergs nutzen möchte. Deshalb sind jetzt erst mal alle Vorbereitungen für die Bebauung dort gestoppt. Ob die Feuerwehr, der Rettungsdienst, das Technische Hilfswerk, die Verwaltungen von Stadt und Kreis dort wie geplant bauen können? Ob 5.000 Wohnungen neu gebaut werden? Das alles steht nun auf der Kippe.

Im letzten Flugblatt haben wir schon einmal darüber geschrieben. Das können Sie auf unserer Webseite nachlesen: www.wetterau-aktionfrieden.de

Auf der Webseite www.bmvg.de der Bundeswehr steht am 9. Juli:

"Standorte für Neuen Wehrdienst: Zunächst acht neue Liegenschaften identifiziert"

"Der zum 1. Januar 2026 geschaffene Neue Wehrdienst dient vor allem dem weiteren Aufbau der Reserve. Reservistinnen und Reservisten ermöglichen im Krisenfall einen schnellen Aufwuchs der Streitkräfte, müssen aber zunächst ausgebildet, versorgt und untergebracht werden."

Die Kaserne in Friedberg gehöre zu diesen acht Orten, die sich nach Ansicht besonders gut für "den Neuen Wehrdienst" eignen könnten.

Wie konkret ist das für Friedberg?

Vor einigen Tagen gab es das erste "Kooperationsgespräch" zwischen den Vertretern der Stadt Friedberg und der

Bundeswehr. Am Abend zuvor informierte der Bürgermeister die städtischen Abgeordneten. Uns wurde berichtet, dass die Stadt am Bau der 5.000 Wohnungen festhalten möchte, und das im Kooperationsgespräch auch so vorbringen will. Es wurden zahlreiche Fragen gesammelt (Auswahl).



Was will die Bundeswehr nach Friedberg bringen? - Wieviel der Fläche wird dafür gebraucht? - Was bedeutet das für die Infrastruktur wie Kanalisation und Straßen? - Wird der Bahnanschlusspunkt reaktiviert? - Wenn die Bundeswehr Sportflächen baut, können die auch von Zivilisten genutzt werden? - Wo werden

die Soldaten wohnen? - Was passiert mit den Geflüchtetenunterkünften? - Und was ist mit den Investoren? Springen die ab weil unklar ist, ob überhaupt wie geplant gebaut werden kann?

Der Tenor von Stadt und Abgeordneten war, dass man schauen müsse, ob da auch Chancen für die Friedberger Stadtentwicklung entstehen.

Dagegen erklärte Lucas Freiburger, dass die Friedberger Linke die Ansiedlung der Bundeswehr ablehne.

Ein Vertreter der SPD schlug vor, falls die Bundeswehr sich nicht kooperativ zeige, solle man auch rechtliche Möglichkeiten prüfen. Schließlich sei das Kasernengelände 1936 auf Kosten der Stadt und städtischer Privatpersonen durch die Nazis enteignet worden mit einer Klausel über die Rückgabe. Später regelte das Besatzungsstatut die Nutzung durch die US-Truppen.

Die Frage, wem das Gelände nach deren Abzug zusteht ist nicht geklärt. (siehe Wetterauer Zeitung vom 15.7.26)

FDP fordert, an der zivilen Nutzung des Geländes festzuhalten

(Pressemitteilung am 19. Juli in der Wetterauer Zeitung) Die FDP unterstütze den Ausbau der Bundeswehr, aber die Ray-Barracks in Friedberg seien der falsche Ort.

"Die Ray-Barracks sind die zentrale Entwicklungsperspektive für Friedberg. [...] Unsere Flächen sind aufgrund der Nähe zum Rhein-Main-Gebiet besonders wertvoll. Daher wäre es aus volkswirtschaftlicher Sicht fatal, eine Kaserne ausgerechnet dort zu reaktivieren, wo der Verzicht auf Wohnungen und Arbeitsplätze am teuersten ist. [...] Die Ray-Barracks verfügen seit dem Abzug der US-Armee 2007 über keine militärische Grundinfrastruktur mehr. Ihre

Reaktivierung würde Jahre dauern und erhebliche finanzielle Mittel binden [...]." Die Politik müsse beim Aufwuchs der Bundeswehr auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Region im Blick behalten

FDP teilt unsere Befürchtungen

Wir haben uns etwas gewundert, dass die FDP einige unserer Befürchtungen zu den Folgen teilt, die die Kaserne für Friedberg hätte. Denn weiter heißt es: „Es würden letztlich nur wenige Soldaten und Zivilangestellte dauerhaft in Friedberg leben und damit den lokalen Handel und die Gewerbe unterstützen. Der überwiegende Teil dürfte den Lebensmittelpunkt außerhalb Friedbergs haben. Dadurch blieben die wirtschaftlichen Perspektiven einer Kaserne für Friedberg begrenzt.“

Maximaler Schaden für die Stadt Friedberg?

Helge Müller, FDP- Vorstandsmitglied mit 15 Jahren Erfahrung als Soldat und in der Bundeswehrverwaltung hat "die große Sorge, dass die Kaserne erst jahrelang geplant, dann ausgebaut und am Ende aufgrund einer geänderten Sicherheitslage nach wenigen Nutzungsjahren wieder aufgegeben wird."

Die FDPler wollen "die Entwicklung konstruktiv begleiten", schreiben sie. Sie erwarten vom Ministerium eine Offenlegung des langfristigen Stationierungskonzeptes, damit die Stadt Planungssicherheit bekommt.

Was die anderen im Stadtparlament vertretenen Parteien sagen?

Fortsetzung folgt

www.wetterau-aktionfrieden.de
ViSDP: Monika Bootz - Usagasse 26 - Friedberg